

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 16.05.2007

im Neues Rathaus

Raum 1.8
Großflecken 59
24534 Neumünster

Beginn:

17:00 Uhr

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Reinhard Arens

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Gesa Freiberg
Herr Wolf-Werner Haake
Frau Alexandra Mallon
Herr Dr. Volker Matthée
Herr Refik Mor
Frau Andrea Pries

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Norbert Andresen
Frau Marianne Lingelbach
Herr Friedrich-Wilhelm Strohdiek

Beratendes Mitglied

Frau Kersten Andresen

Von der Verwaltung

Herr Günter Humpe-Waßmuth

Frau Dr. Alexandra Barth

Herr Holger Pohlmann

Herr Detlev Schulz

Herr Volker Otzen

Entschuldigt fehlen:

Herr Hans-Georg Stanull

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2007
4. Einwohnerfragestunde
5. Inklusionsprojekte – Gemeinwesenorientierung für Menschen mit Behinderung (Herr Kunkat, MSGFJS)
6. Zwischenbericht zum Hilfeplanverfahren der kommunalen Eingliederungshilfe
7. Zuschüsse 2007 für die Integration von Migrantinnen und Migranten
Vorlage: 1203/2003/DS
8. Zwischenbericht zur Umsetzung der Altenplanung
9. Mitteilung über das weitere Verfahren der beschlossenen Maßnahmen zum Sozialbericht nach Verabschiedung des Haushaltes
10. Sachstandsbericht zur behindertengerechten Erreichbarkeit städtischer Dienstgebäude
Vorlage: 0276/2003/MV
11. Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und entschuldigt Ratsherrn Stanull, der an der Sitzung nicht teilnehmen kann.
Schließlich stellt Ratsherr Arens die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung vom 08.05.2007 beschlossen, dass das Thema „Barrierefreiheit des Alten Rathauses“, Vorlage 1169/2003/DS, u.a. im Sozial- und Gesundheitsausschuss behandelt werden soll. Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt vor, dieses auf der nächsten Ausschusssitzung gemeinsam mit dem heutigen Tagesordnungspunkt 10 „Sachstandsbericht zur behindertengerechten Erreichbarkeit städtischer Dienstgebäude“ zu behandeln. Die Tagesordnung erhält nun folgende Fassung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2007
4. Einwohnerfragestunde
5. Inklusionsprojekte - Gemeinwesenorientierung für Menschen mit Behinderung (Herr Kunkat, MSGFJS)
6. Zwischenbericht zum Hilfeplanverfahren der kommunalen Eingliederungshilfe
7. Zuschüsse 2007 für die Integration von Migrantinnen und Migranten
Vorlage: 1203/2003/DS
8. Zwischenbericht zur Umsetzung der Altenplanung
9. Mitteilung über das weitere Verfahren der beschlossenen Maßnahmen zum Sozialbericht nach Verabschiedung des Haushaltes
10. Mitteilungen

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

3 .	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses vom 14.03.2007
-----	--

Der Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2007 wird einstimmig zugestimmt.

4 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

5 .	Inklusionsprojekte - Gemeinwesenorientierung für Menschen mit Behinderung (Herr Kunkat, MSGFJS)
-----	--

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, begrüßt als Referenten Herrn Waldemar Kunkat vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.

Herr Kunkat erläutert den Inklusionsleitgedanken als einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Das Ministerium für Soziales pp. erarbeitet ein Gesamtkonzept mit dem Ziel, dass alle Menschen mit Behinderung in der Mitte unserer Gesellschaft leben und am täglichen Zusammenleben teilhaben (s. Anlage).

Um den Inklusionsgedanken weiter voran zu treiben, werden in verschiedenen Handlungsfeldern konkrete Ziele formuliert und Vorhaben initiiert.

Bisher fördert das Ministerium in Neumünster das Projekt „Gemeinwesenorientierte Arbeit Neumünster / Entwicklung gemeinwesenorientierter und dialogischer Arbeit im psychiatrischen Hilfesystem in Neumünster“ der Brücke Schleswig-Holstein und der Brücke Neumünster als gemeinsame Auftragnehmer. Hier soll durch eine kooperative Vernetzung der Angebote der beiden gemeindepsychiatrischer Leistungserbringer gesellschaftliche Partizipation seelisch behinderter Menschen gefördert, bürgerschaftliches Engagement der Nachbarn im Gemeinwesen initiiert, die Begegnung zwischen Behinderten und der Nachbarschaft ermöglicht werden. Die Projektlaufzeit ist auf 2 Jahre befristet. Kosten für die Kommune entstehen in dieser Zeit nicht. Über eine weitere Förderung über diese Zeit hinaus wird ggf. vom Ministerium zu gegebener Zeit neu entschieden.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Kunkat beantwortet.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt vor, dass die Brücke Schleswig-Holstein und die Brücke Neumünster ihr gemeinsames Projekt am 19.09.2007 im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorstellen.

Frau Andresen bietet an, das ebenfalls aus Landesmitteln finanzierte Projekt „Zukunft braucht Teilhabe“, das ab Juli 2007 in Neumünster und im Kreis Dithmarschen durch den Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte durchgeführt werden soll, im Ausschuss vorzustellen.

6 .	Zwischenbericht zum Hilfeplanverfahren der kommunalen Eingliederungshilfe
-----	---

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, erteilt Herrn Pohlmann das Wort.

Herr Pohlmann erläutert den mit Schreiben vom 02.05.2007 den Ausschussmitgliedern zugegangenen Zwischenbericht.

Weiter führt Herr Pohlmann aus: in Neumünster erhalten ca. 1.500 Menschen mit Behinderung Leistungen der Eingliederungshilfe. Zzt. werden in Neumünster Beschäftigte mit 2,5 Planstellen zur Hilfeplanung eingesetzt, eine Ausweitung in diesem Jahr ist vorgesehen. Die Refinanzierung dieser Stellen durch das Land ist gesichert, jedoch auf 2 Jahre begrenzt. Im Jahr 2007 wurden bis Ende April 24 Erstberatungen durch die Stadt durchgeführt. Leistungserbringer sollten nicht auch gleichzeitig die Erstberatung durchführen, da es hier zu Interessenskonflikten kommen könne.

Herr Kunkat erklärt zu dem Punkt, wer die Erstberatung durchführen soll, dass zur Gestaltung des in Vorbereitung befindlichen Landesrahmenvertrages verschiedene Verfahren in der Diskussion sind.

Zur Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe äußert Herr Kunkat, dass es sich hier um einen Rechtsanspruch der Betroffenen handelt und es grundsätzlich keinen Finanzrahmen gibt, der nicht überschritten werden darf.

Herr Stadtrat Humpe-Waßmuth stellt klar, dass die Planungs- und Gesamtverantwortung bei der Kommune liegt und die Hilfe für den Einzelnen im Vordergrund steht.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt vor, zum Thema Eingliederungshilfe Leistungsanbieter und weitere Beteiligte zu der Ausschusssitzung am 19.09.2007 einzuladen und anzuhören.

7 .	Zuschüsse 2007 für die Integration von Migrantinnen und Migranten Vorlage: 1203/2003/DS
-----	--

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Herr Mor sich für befangen und verlässt den Raum.

Nach längerer Diskussion wurde zu Unterpunkt 3 der Drucksache 1203/2003/DS,

Antrag des Dachverbandes Türkischer Verein für:

Alphabetisierung für ältere Migrantinnen türkischer Muttersprache

folgende Absprache vereinbart:

1. Es ist zu prüfen, ob der Lehrgang über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert werden kann. Sollte dieses nicht möglich sein, so soll
2. der Kurs in Zusammenarbeit mit einem anerkannten Integrationskursträger stattfinden.
3. Der beantragte Zuschuss in Höhe von 2.640,00 € wird in 2 Raten ausbezahlt. Nach der Hälfte der Kurslaufzeit vor Auszahlung der 2. Rate wird von der Verwaltung überprüft, ob das Kursziel erreichbar sein wird.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, beantragt für die SPD-Fraktion, dass über die Drucksache 1203/2003/DS als Ganzes abgestimmt wird mit Ausnahme des Unterpunktes 2,
Antrag des Bundes der Vertriebenen:
Dokumentation über Heimatvertriebene und Flüchtlinge/Tag der Heimat,
über den extra abgestimmt werden soll.

Zunächst wird über die Unterpunkte 1, 3 (mit o.g. Übereinkunft), 4, 5, 6, 7 und 8 der Drucksache 1203/2003/DS abgestimmt.

Ergebnis: einstimmige Zustimmung

Schließlich wird über den Unterpunkt 2 der Drucksache 1203/2003/DS mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

JA-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 4

8 .	Zwischenbericht zur Umsetzung der Altenplanung
-----	--

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, erteilt Herrn Pohlmann das Wort.
Herr Pohlmann erläutert den Anwesenden den Stand der Umsetzung der Altenplanung in diesem Jahr (s. auch das allen Mitgliedern des Ausschusses zugewandene Schreiben vom 02.05.2007 mit Anlagen).
Da der Haushalt erst im März 2007 von der Ratsversammlung verabschiedet wurde, konnte die für die stadtteilbezogenen Angebote vorgesehene Honorarstelle noch nicht besetzt werden. Auch die geplanten erweiterten Bildungsangebote für Ältere konnten aufgrund personeller Engpässe beim Kooperationspartner VHS noch nicht umgesetzt werden.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt vor, das Thema nach der Sommerpause erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

9 .	Mitteilung über das weitere Verfahren der beschlossenen Maßnahmen zum Sozialbericht nach Verabschiedung des Haushaltes
-----	--

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, erteilt Herrn Stadtrat Humpe-Waßmuth das Wort.
Herr Humpe-Waßmuth erklärt zu folgenden Maßnahmen, die von der Ratsversammlung am 13.02.2007 beschlossen wurden:

- Ziel kommunaler Sozial- sowie Jugend- und Familienpolitik soll es sein, Hilfen für alle Zielgruppen stadtteilbezogen anzubieten. Dieses ist mit den Trägern von Angeboten in den Stadtteilen zu planen. Zu diesen Überlegungen sollen die Träger in den zuständigen Fachausschüssen angehört werden.

Hier soll die Idee, Familienzentren zu organisieren - wie sie z.B. in Nordrhein-Westfalen eingerichtet wurden - konzeptionell weiter entwickelt werden.

Dieses Thema soll schwerpunktmäßig im Jugendhilfeausschuss als zuständiger Fachausschuss behandelt werden. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss wird nachrichtlich beteiligt.

- Die Verwaltung soll prüfen, in wie weit über bestehende kommunale Strukturen (z.B. Bezirkssozialarbeit) Probleme wie z.B. Alters- und Kinderarmut aufgegriffen werden können.

Die Themen Kinder- und Altersarmut werden vom ASD bearbeitet.

Auch hier sollten die Zuständigkeiten der Fachausschüsse eindeutig geregelt sein. Das Thema Kinderarmut sollte der Jugendhilfeausschuss aufgreifen, das Thema Altersarmut der Sozial- und Gesundheitsausschuss.

- Mit den sozialen Trägern sind als erste Schritte Aktivierungshilfen für Empfänger und Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zu planen. Für die Umsetzung werden wie geplant 20.000 € Haushaltsmittel bereitgestellt.

Nach Verabschiedung des Haushaltes stehen hier für das jetzige und das nächste Haushaltsjahr jeweils 20.000 € für Projekte zur Verfügung. Ziel der Maßnahme ist der Übergang in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt bzw. der Erwerb von Leistungsansprüchen nach dem SGB III oder SGB II.

Der Vorsitzende, Ratsherr Arens, schlägt für die SPD-Fraktion vor, dass die Verwaltung Maßnahmeträger auffordert, Interessensbekundungen und Projektideen zur Umsetzung der Maßnahme abzugeben.

Diesem Vorschlag folgen die Ausschussmitglieder einstimmig.

10 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Stadtrat Humpe-Waßmuth teilt mit:

Für die Trägerschaft für ein Mehrgenerationenhaus haben sich der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Neumünster, die Diakonie und die Dietrich-Bonhoeffer-Kirchengemeinde beworben.

Frau Andresen teilt mit:

Am 26.05.2007 ab 9.00 Uhr findet die 1. Deutsche Blindenfußballmeisterschaft im Städtischen Stadion mit einem großen Rahmenprogramm statt.

Arens
(Ausschussvorsitzender)

Otzen
(Protokollführer)

Ende der Sitzung:

18.30 Uhr

**Gesamtkonzept:
Politik für Menschen mit Behinderung**

**Inklusion
von Menschen mit Behinderung erreichen**

Kulturen schaffen	Strukturen etablieren	Praktiken in Handlungsfeldern entwickeln
<ul style="list-style-type: none">• Empathie in die Rolle und Situation von Menschen mit Behinderung hineinversetzen• Selbstbestimmung eigene Ideen und Wünsche frei verwirklichen• Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen• Individualität die Einzigartigkeit jedes Menschen beachten• „Empowerment“ Stärkung der Selbstkompetenz, der Selbstvertretung und der Autonomie• Lebensweltorientierung praktisch, anschaulich, konkret, unmittelbar• Wahrnehmung der Bürgerrechte und -funktionen Grundrechte wahrnehmen und Mitgestaltung der Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none">• Sensibilisierung der Öffentlichkeit• Vertrauensbildung• Öffnung der Strukturen• Kooperation aller Akteure (Forum Inklusion)• Koordination des Handelns• Modellprojekte• Erhalt der Häuslichkeit• ambulante Unterstützung• individuelle Teilhabeplanung• Sozialraumkonzept• politische Partizipation	<ul style="list-style-type: none">• frühe Förderung von Kindern• Kindertagesstätten und Schulen• berufliche Ausbildung und Erwerbsarbeit• Übergang in den Ruhestand/nachberufliche Zeit• Wohnen, soziale/hauswirtschaftliche Unterstützung• Freizeit, kulturelle Teilhabe und Tourismus• Barrierefreiheit, Kommunikation und Mobilität• Selbstvertretung und politische Mitwirkung

Auf dem Weg zur Inklusion

Ziele

- Verfahren zur Beteiligung von Menschen mit Behinderung entwickeln
- Stärkung der Rechte und der Eigenverantwortung
- Verzahnungen verschiedener Leistungen im örtlichen Sozialraum
- Aufbau von landesweiten Kooperationsstrukturen und Netzwerken
- Entwicklung eines gut ausgebauten ambulanten Leistungsspektrums
- Modellprojekte und modellhafte Praktiken entwickeln und erproben
- Verzahnung von professioneller und ehrenamtlicher Unterstützung
- Landesweite Qualitätsstandards in allen Angeboten

Beispiele für Handlungsfeld übergreifende Leitprojekte

- Einrichtung eines Inklusionsbüros
- Projekt ‚Zukunft braucht Teilhabe‘
- Dialog Inklusion
- Gemeinwesenorientierte Arbeit im psychiatrischen Hilfesystem
- careNetz / Modellvorhaben ‚Persönliches Budget‘
- Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung

Beispiele für sozialpolitische Handlungsfelder und Leitprojekte (laufende und geplante, Stand: 20.03.2007)

Frühe Förderung von Kindern	Kindertagesstätten und Schulen	Berufliche Ausbildung und Erwerbsarbeit	Übergang in den Ruhestand/nachberufliche Zeit	Freizeit, kulturelle Teilhabe und Tourismus	Wohnen, soziale / hauswirtschaftliche Unterstützung	Barrierefreiheit, Kommunikation und Mobilität	Selbstvertretung und staatsbürgerliche Mitwirkung
Interdisziplinäre Frühförderung Evaluation Interdisziplinäre Frühförderung Landesarbeitsstelle Frühförderung Schleswig-Holstein	Konkretisierung von Maßnahmen und Projekten in Abstimmung mit Bildungsressort	Ausbau der Integrationsfirmen Übergang Schule / Beruf Beteiligung am Programm ‚Job 4000‘ der Bundesregierung Inklusion im Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung: Qualifizierung von Mitgliedern der Fachausschüsse Weiterentwicklung des Werkstättenrechts Projekt ‚Schattensprache‘	Entwicklung von Projekten im Zusammenhang mit dem Bericht ‚Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein‘	Konkretisierung von Maßnahmen und Projekten in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts	‚KIWA - Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen im Alter‘ Abbau von Barrieren beim Übergang in eine ambulante Wohnform Aufbau und Unterstützung des Wohnens für Menschen mit Behinderung in Gastfamilien Wohnen inklusiv- Neue Möglichkeiten des Wohnens mit der Werk- und Betreuungsgemeinschaft Kiel e.V.	Entwicklung und Umsetzung von Projekten aus dem Fonds ‚Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen‘ Projekt ‚Dorn der Sinne‘ Zentrum für barrierefreie Informationstechnologie	Selbstvertretung und Mitwirkung und Beschwerdewesen von und für Menschen mit seelischer Behinderung Selbstvertretung und staatsbürgerliche Mitwirkung Kommunale Beauftragte / Beiräte der Menschen mit Behinderung Projekt ‚Circus Mensch‘ ‚Mittelmang‘ Studie ‚Inklusion in der Bürgergesellschaft‘